

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (1993)
Heft: 4

Artikel: Atomenergie ist undemokratisch
Autor: Bär, Rosmarie
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586810>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Atomenergie ist undemokratisch

Die Atomenergie ist mit den Grundgedanken der Demokratie und des Rechtsstaates nicht zu vereinbaren. Einer der Grundgedanken der Demokratie lautet: jede Minderheit hat die intakte Chance, dass ihre Ideen einmal mehrheitsfähig werden. Dort, wo die jetzigen Mehrheiten aber irreversible Entscheidung treffen, ist diese Chance weg. Mit dem Produzieren von Atommüll sind auf Jahrtausende hinaus unkorrigierbare Sachzwänge geschaffen, durch welche die Souveränität der nach uns Geborenen eingeschränkt wird.

So wie wir uns für die Umweltverträglichkeitsprüfung eingesetzt haben, müssen wir jetzt die Umweltverträglichkeitsprüfung fordern. Es reicht nicht, wenn der Bundesrat bei neuen Gesetzen oder Verwaltungsbeschlüssen bloss die finanziellen und personellen Auswirkungen darlegt; das zeigt lediglich die Kurzfristigkeit staatlichen Handelns auf.

Eine Umweltverträglichkeitsprüfung verlangen, heisst auch, die Umkehr der Beweislast verlangen, heisst, auch die zur Beurteilung nötigen Unterlagen offenzulegen.

Nicht wir, die uns Sorgen machen um den Fortbestand unseres Planeten, müssen die Schädlichkeit einer Technik oder eines Verfahrens glaubhaft machen. Die Technik, die Wissenschaft und die Industrie haben die Unschädlichkeit ihres Tuns zu beweisen. Wer die Freiheit anderer durch eine umstrittene Technologie einschränken will, wer die Gesundheit anderer aufs Spiel setzt und damit Grundrechte tangiert, der muss die Beweislast auf sich nehmen.

Der Beweis aber ist erst dann erbracht, wenn eine qualifizierte und zahlenmässig grosse Minderheit von Fachleuten ihre abweichende Meinung, ihre Skepsis aufgebracht hat. Und zwar aufgrund von Fakten und besseren Argumenten.

Die Grosskatastrophe einmal 1:1 üben

Spätestens seit Tschernobyl sind die Atomkraftwerke zum sichtbaren Inbegriff der Risikogesellschaft geworden. Die offizielle Politik hat auf dieses "Ereignis", wie eine beliebte Sprachregelung lautet, mit einer Störfall- und einer Strahlenschutzverordnung reagiert. Und wenn sich die Behörden beeilen, werden wir bis zum achten Jahrestag, am 26. April 1994, die schützenden Jodtabletten endlich erhalten haben.

Verrechtlichung und Bürokratisierung des Risikos statt Ursachenbekämpfung lautet das Motto des Bundesrates. Er hat uns zu mehr atomarer Gelassenheit angehalten, und der Energieminister erwartet mehr Risikobereitschaft der Bevölkerung. Sollte es allem bündnerischen Optimismus zum Trotz in Mühleberg, Beznau oder anderswo zu einem Unfall kommen, liegen zu unserer Beruhigung in den Schubladen der Verwaltung ausgeklügelte Katastrophen- und Evakuierungspläne.

Ich plädiere dafür, dass das Szenario Grosskatastrophe im Kleinstaat einmal im Massstab 1:1 durchgespielt wird. Feuerwehr und Zivilschutz üben schliesslich auch den Ernstfall. Wenn Hunderttausende sich auf Befehl, ganz geordnet, ohne Panik, wie es sich die Behörden wünschen, auf die Flucht vor der vom Westwind getriebenen radioaktiven Wolke begeben müssen, so ist das zu üben. Die sogenannte horizontale Evakuierung zu Fuss von Mühleberg quer durch die Schweiz an den Bodensee ist zu testen. Wir wissen, dass die N 1 nicht mehr befahrbar sein wird. Die Lebensmittel unterwegs sind nicht mehr geniessbar. Auch die Frage

bleibt noch offen, wie die Bevölkerung der angrenzenden Nachbarländer uns verstrahlte, kontaminierte Wesen zu Hunderttausenden aufnehmen, ärztlich betreuen und versorgen wird. Vielleicht hat dazu der Bundesrat heimlich einen Staatsvertrag abgeschlossen.

Grosskatastrophen sind nicht zu managen

"Was werden Sie der Bevölkerung Ihres Landes erzählen, was Sie hier in der Ukraine gesehen haben", fragte mich damals eine Journalistin, als ich mir im August 1990 die Folgen des Tschernobyl-GAU vor Ort angesehen hatte. "Ich werde erzählen," antwortete ich ihr, "dass

ich Augenzeugin der grössten Umweltkatastrophe der Menschheitsgeschichte geworden bin. Ich werde ihnen sagen, dass ich betroffen bin von der Dimension und vom Leid dieser Katastrophe, die jeden Tag grösser wird und die nie aufhört, jahrhundertlang, jahrtausendlang. Ich werde ihnen auch sagen, dass ökologische Grosskatastrophen nicht zu "managen" sind, weder im Osten noch im Westen, unabhängig vom politisch-gesellschaftlichen System. Soltschenyzin hat "Der erste Kreis der Hölle" geschrieben. Tschernobyl mit seinen Folgen ist der zweite Kreis der Hölle. Ich werde der Schweizer Bevölkerung weiter sagen, dass die Atomenergie eine für die Lebensgrundlagen und die Menschheit unverträgliche Energie ist und dass wir weltweit dagegen kämpfen müssen."

Ich bin mir bewusst, dass diese Worte zu wenig treffend sind. Der GAU von Tschernobyl, auch Restrisiko genannt, hat alle Massstäbe gesprengt, die wir uns je ausgedacht haben. Die Menschheitsgeschichte wird in eine Vor- und eine Nach-Tschernobyl-Zeit eingeteilt werden müssen. Und die Opfer dieser Katastrophe sind noch gar nicht alle geboren. Tschernobyl hat uns in dramatischer Weise das Risikopotential einer weltweit herrschenden wissenschaftlich-technischen Wirtschafts- und Lebensform zum Bewusstsein gebracht.

Restrisiko nicht verdrängen

Ich habe den Eindruck, die Hälfte der Bevölkerung führt ein Risiko-Doppelleben. Getrieben von der Angst haben sich 47 Prozent aller erwachsenen Menschen in unserem Land einem Aids-Test unterzogen. Dabei wissen wir alle, dass in diesem individuellen Bereich die Schutzmassnahmen praktisch zu 100 Prozent wirksam sind. Offensichtlich traut man diesen Beteuerungen doch nicht, oder man weiss um seine eigene, menschliche Fehlbarkeit.

Bei den atomaren Grossrisiken verdrängen viele- zu viele- ihre Angst vor dem Restrisiko. Dort, wo individuelle Versicherungen nichts mehr

nützen, wird den Experten und ihrer Beteuerung von der Unfehlbarkeit ihrer Technologie geglaubt.

Wir aber müssen es mit dem Philosophen Günther Anders halten, der bereits 1959 seine Thesen zum Atomzeitalter veröffentlicht hat: "Habe keine Angst vor der Angst, habe Mut zur Angst. Auch den Mut, Angst zu machen. Ängstige deinen Nachbarn wie dich selbst."

Freilich muss diese unsere Angst eine von ganz besonderer Art sein:

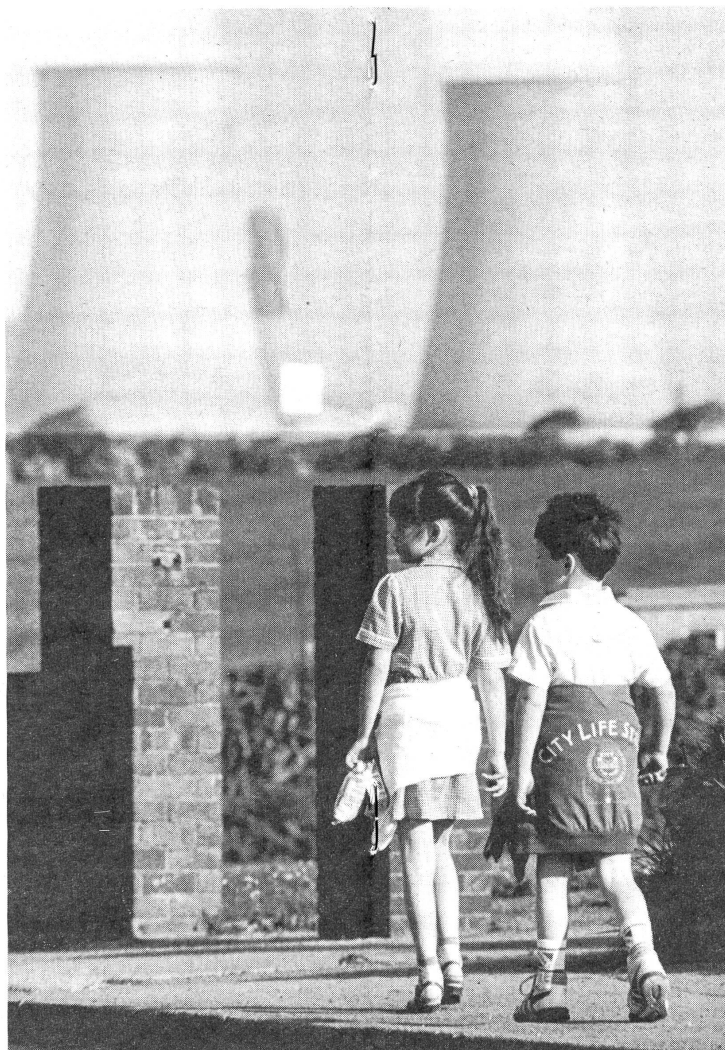
1. Eine furchtlose Angst, da sie jede Angst vor denen, die uns als Angsthasen verhöhnen könnten, ausschliesst.
2. Eine belebende Angst, da sie uns statt in die Stubenecken hinein in die Strassen hinaus treiben soll.
3. Eine liebende Angst, die sich um die Welt ängstigen soll, nicht nur vor dem, was uns zustossen könnte."

Es ist eine unserer Aufgaben, die Aufgabe der Umweltorganisationen, der SES im speziellen, die Regierenden aus der Ruhe zu bringen. Wir müssen die atomare Gelassenheit stören. Ich glaube an die Macht von unten, denn die Demokratie ist die Staatsform des BürgerInnen-Engagements. Ob unsere Energiepolitik Zukunft hat, wissen wir heute nicht. Ob eine humanere Welt Zukunft hat, weiss niemand. Sie einzufordern ist unsere Aufgabe.

Rosmarie Bär*

Verwendete Literatur:
- Saladin Peter, Verantwortung als Staatsprinzip
- Jonas Hans, Das Prinzip Verantwortung
- Beck Ulrich, Risikogesellschaft
- Schmidt Mario (Hrsg.), Leben in der Risikogesellschaft

* Die Autorin ist Präsidentin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES und Nationalrätin. Der Text ist eine gekürzte Fassung ihres Vortrages zum Thema "Energie - Risiko - Politik" an der diesjährigen SES-Jahresversammlung. Der ganze Vortrag kann bestellt werden bei: Schweizerische Energie-Stiftung SES, Sihlquai 67, 8005 Zürich, tel: 01/271 54 64, fax: 01/273 03 69.



Eine Umweltverträglichkeitsprüfung verlangen: AKW produzieren hochgefährlichen Abfall für Tausende von Jahren, der unsere Nachkommen einschränkt.